

GRÜNER PFEFFER

Informationsbulletin der Grünen Basel-Stadt

Nr. 1 / Mai 2008

Birsig-Initiative	1, 2
Neue Geschäftsstelle	2
Tagesschulen, ja aber...	3
Grüne Riehen	4
Städte-Initiative	5, 6
Junges Grünes Bündnis	7
Bilanz nach 6 Monaten	8
Nationale Vorlagen	8
Kantonale Vorlagen	9
Varia / Infomarkt	10

P.P.

4001 Basel

Mutationen an:
Grüne Partei BS
Postfach 1442
4001 Basel

Initiative zur Freilegung des Birsig



Stellen Sie sich vor: ohne Autos und Abfallsäcke, dafür mit einem plätschernden Bach und flanierenden Menschen. Genau dies will die Birsig-Initiative.

Der Birsigparkplatz – darüber dürften wir uns einig sein – ist einer der unattraktivsten Orte in Basel. Und das an einer Lage mit enorm viel Potential. Und immer wieder muss man sich fragen, weshalb das so ist. Neulich kam mir eine mögliche Antwort: Weil niemand etwas dagegen macht! Also machen wir halt etwas.

Die Idee ist wenig originell, weil of-

fensichtlich; ein Gewässer anstelle eines Parkplatzes. Für mich ist dies aber keine Initiative gegen Autos. Sie ist vielmehr „pro attraktives Basel“. Im oberen Teil des Geländes soll das

weiter auf Seite 2

**GRÜNE**
Grüne Partei Basel-Stadt

Fortsetzung von Seite 1



Andreas Tereh

fliessende Gewässer für eine schöne Stimmung sorgen, also einen Ort darstellen an dem man einkaufen und sich ausruhen kann (daher die „Rivietta“). Der untere Teil mit der Drehscheibe ist zu schmal für eine Öffnung des Birsig. Da es sich um eine zentrale und urbane Zone handelt, stelle ich mir einen verkehrsfreien Raum für Mensch und Kultur vor.

Jüngste städteplanerische Neuerungen wie der Messeplatz oder die Neugestaltung des Bahnhofausgangs Gundeli machen deutlich, dass der Verwaltung etwas unter die Arme gegriffen werden muss, damit Basel verschönert statt zubetoniert wird. Gute Ideen wie z.B. das Gundeldingerfeld sind durch Leute aus dem Volk realisiert worden. Ebenso wird es mit dem Birsigparkplatz sein: Ein durch Mensch und Natur belebter Ort mitten in der Stadt!

Die Initiative sieht vor, dass stadt-ökologische Aspekte bei der Neugestaltung berücksichtigt werden. Aber was heisst das eigentlich? Meine

Interpretation lautet so, dass Raum geschaffen wird für Menschen, Tiere und Pflanzen. Dazu darf der Bach nicht zum eintönigen Kanal verkommen, sondern er soll ein strukturiertes Bachbett haben. Im Wasser bilden sich so Nischen für Insekten und Kleinkrebse, mit der Zeit vielleicht auch für Fische. Die Ufer dürfen steil, aber nicht senkrecht sein, damit Pflanzen halt finden können. Die Bepflanzung kann ganz unterschiedlich sein. Von Fassadengrün über Büsche bis zu Topfkulturen kann vieles schön aussehen. Wenn dabei einheimische Pflanzen eingesetzt werden, dürften bald Libellen, Schmetterlinge und Vögel jenen Ort prägen, den man heute mit Autos, Lärm und Dreck verbindet.

Um das zu erreichen, brauchen wir 3000 Unterschriften. Das ist viel, aber machbar, wenn alle helfen! Vielen Dank für Eure Unterstützung beim Sammeln von Unterschriften.

Andreas Tereh
Vorstand Grüne Basel-Stadt



Neue Geschäftsstelle der Grünen Partei Basel-Stadt

Die Grünen Basel-Stadt haben eine Geschäftsstelle erhalten. An der Greifengasse 7 im Kleinbasel konnte im März an zentraler Lage ein Büro bezogen werden. Wir haben damit eine Anlaufstelle in der Innenstadt erhalten und können für Sitzungen mit bis zu acht Leuten einen Raum zur Verfügung stellen. Wir werden die Räumlichkeiten demnächst mit einem Apéro vorstellen können. Einladung folgt!

Impressum Nr. 1 / Mai 2008

Herausgeberin:

Grüne Partei Basel-Stadt, Greifengasse 7,
Postfach 1442, 4001 Basel,
061/383 98 33, bs@gruene.ch,
www.gruene.ch/bs
PC 40-19338-4

Auflage:

ca. 1000 Stk., erscheint 4 mal jährlich

Abo:

Fr. 25.- (für Mitglieder im Jahresbeitrag
inbegriffen)

Redaktion:

Eveline Rommerskirchen, Christine
Beckert, Harald Friedl

Druck:

Rumzeis, Basel



Eveline Rommerskirchen beim Einrichten der neuen Lokalität

Tagesschulen? Ja, aber...



Elisabeth Ackermann-Baumann

Der Schuleintritt der Kinder stellt heute viele Eltern vor organisatorische Probleme.

Der Gestaltung des Familienalltags sind heute viel mehr Möglichkeiten gegeben als noch vor dreissig Jahren. Natürlich gibt es immer noch Einschränkungen z.B. finanzieller Art. Aber es ist doch zu sehen, dass sich die jungen Familien von heute sehr unterschiedlich organisieren und verschiedene Lebensentwürfe realisieren: Es existiert weiterhin die traditionelle Familie, in der die Mutter zu Hause bleibt und der Vater das Geld verdient. Viel seltener gibt es auch Familien mit umgekehrten Rollen. Viele Kinder wachsen bei nur einem Elternteil auf. Häufig arbeiten beide Elternteile und betreuen die Kinder gemeinsam. Bis zum Schuleintritt lassen diese Familien ihre Kinder oft in Krippen ganz oder – was heute im Gegensatz zu früher auch möglich ist – teilweise betreuen. Der Schuleintritt der Kinder stellt die Familien vor ein neues Problem der Organisation. Zwar bieten in Basel die Schulen organisationserleichternde Blockzeiten an, aber der lange Mittag und die unterschiedlichen Unterrichtszeiten am Nachmittag sind für viele Familien schwer in den Alltag zu integrieren.

Die SP schlägt nun mit einer Initiative Tagesschulen für alle Kinder im Kanton Basel-Stadt vor. Natürlich bin auch ich davon überzeugt, dass genügend Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder vorhanden sein müssen, deren Eltern sie nicht ganz-

tags betreuen können oder wollen. Trotzdem bin ich davon überzeugt, dass wir die neu gewonnen Freiheiten und vor allem auch den Einbezug der Väter in die Erziehung der Kinder erhalten müssen.

In vielen Ländern dauert der Unterricht nach dem Mittagessen, das in der Schule eingenommen wird, bis 13 oder 14 Uhr. Am Nachmittag finden freiwillige Sport- oder Freizeitveranstaltungen statt. Auf diese Weise haben die Familien weiterhin die Freiheit, sich auf unterschiedliche Arten zu organisieren. Die Kinder können am Nachmittag in der Schule betreut werden, oder die Eltern können sie selber betreuen.

Wenn aber der Unterricht in unseren Schulen weiterhin vom frühen Morgen bis 16 oder gar 18 Uhr dauert, müssten die Kinder nach Einführung der Tagesschulen den ganzen Tag in der Schule verbringen. Es würde für die Familien kein Gestaltungsraum mehr bleiben. Damit die Freiheit und Flexibilität für die Familien auch mit Tagesschulen erhalten bleibt, muss die Strukturierung des Basler Schulalltags grundlegend verändert werden. Ich kann den Vorschlag, Tagesschulen für alle einzuführen, nur unterstützen, wenn ein Teil der Betreuung – z.B. am Nachmittag ab 14 Uhr – wohl angeboten wird, aber nicht obligatorisch ist.

Elisabeth Ackermann-Baumann
Grossrätin

W E R B U N G

HOLINGER SOLAR
Ob Sonne oder Regen
solar, you...

W E R B U N G

Lachenmeier Maler GmbH
Klingentalgraben 33 · CH-4057 Basel
Tel. 061 681 59 80 · Fax 061 681 28 17
www.lachenmeier-maler.ch

Lachenmeier-Maler
Renovieren mit Weitsicht!

Grüne Riehen



Grüne Riehen

Präsidentin: Marianne Hazenkamp, Obere Weid 10, 4125 Riehen

Riehen, den 5. März 2008

Offener Brief an den Gemeinderat Riehen betreffend Moostal-Gerichtsurteile

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Gemeinderatsmitglieder

Wir haben in Ihrer Pressemitteilung gelesen, dass Sie auf den Weiterzug der Moostal-Urteile ans Bundesgericht verzichten. Wir sind bestürzt über diesen Entscheid und **fordern Sie deshalb mit diesem Brief auf, auf diesen Entscheid zurückzukommen und die Urteile ans Bundesgericht weiterzuziehen.**

Für uns geht nicht an, dass ein Volksentscheid und damit ausdrücklicher Wille der Bevölkerung negiert wird - auch wenn Sie als Gemeinderat die Volksentscheide vor der Abstimmung mehrheitlich nicht unterstützt haben.

Die Ausgangslage und Argumente, welche gemäss Ihrer Pressemitteilung das Gericht vorbringt, sind grundsätzlich nicht neu und vor der Abstimmung auch klar kommuniziert worden. Auch wurden diese Punkte im Einwohnerrat bei der Abweisung der Rekurse schon diskutiert. Dem einzig neuen Punkt, Teilzonenplanungen seien gesetzeswidrig - widersprechen Sie in ihrer Pressemitteilung sogar selbst.

Wir interpretieren Ihren Entscheid klar als eine politische Kapitulation gegenüber des Kantons. Es ist bekannt, dass der Kanton alles Interesse dran hat, dass die Gemeinde Planungen in den unbebauten Baulandreserven wie u.a. dem Stettenfeld vorantreibt. Dies wird auch bei der momentan laufenden Vernehmlassung zum neuen kantonalen Richtplan so kommuniziert.

Auch wenn bei der anstehenden Zonenplanrevision (was wie oben erwähnt auch schon lange bekannt ist, dass sie ansteht) die Volksentscheide einfließen sollen, wird die Verhandlungslage der Gemeinde geschwächt sein. Wir befürchten, dass damit wieder das Feilschen um einzelne Parzellen beginnt und die Gemeinde Mühe haben wird, den verschiedenen Begehrlichkeiten - wie von der Mehrheit der Bevölkerung gewünscht - nicht nachzugeben. Jetzt haben Sie als Gemeinderat die stärkeren Karten in der Hand und sind jetzt juristisch gut vorbereitet und vom Volk legitimiert.

Insbesondere wehren wir uns vehement dagegen, dass Parzellen an einseitig bebauten Strassen am Siedlungsrad beidseitig bebaut werden sollen. So einfach diese planerische Überlegung tönt: Gerade im Moostal an der Mohrhaldenstrasse finden wir es enorm wichtig, dass aus öffentlichem Interesse der Blick in das Moostal für alle bewahrt bleibt und nicht nur für ein paar neue Häuserbesitzende.

Wir hoffen, dass Sie unserer Forderung nachkommen und die Urteile weiterziehen werden.

Mit freundlichen Grüssen

Grüne Partei Riehen
Die Präsidentin

Städte-Initiative - Investitionen in bessere Luft



*Im Komitee der Städte-Initiative
Conni Birchmeier*

Am 10. April 2008 wurde die Städte-Initiative in Basel-Stadt von umverkehR und einem breit abgestützten Initiativkomitee lanciert.

Die Initiative, die bald auch in Luzern, Zürich, Winterthur und St. Gallen in ähnlichem Wortlaut gestartet wird, fordert vom Kanton den Schutz der Bevölkerung vor negativen Auswirkungen des Verkehrs, indem er Massnahmen trifft, um den Langsamverkehr um mindestens 10 Prozentpunkte am Verkehrsaufkommen zu erhöhen. Zudem sollte der Kanton den Aus- und Neubau von Hauptstrassen nur zulassen, wenn andere Strassen im gleichen Ausmass zurückgebaut würden.

Denken wir daran, dass der Autoverkehr für über 30% der klimawirksamen CO₂-Emissionen verantwortlich ist und der Verkehr (94% davon der Strassenverkehr) Gesundheitskosten von 1,626 Milliarden

Franken pro Jahr verursacht. Denken wir zudem daran, dass allein die Feinstaubkonzentration in der Luft für jährlich rund 3700 «vorzeitige» Todesfälle verantwortlich ist und daran, dass in der Schweiz die Hälfte aller mit dem Auto zurückgelegten Strecken kürzer als 5 Kilometer sind und dass der Bewegungsmangel vor allem bei Kindern zu Übergewicht und motorischen wie sozialen Problemen führen kann. Trotzdem tat sich der Kanton bis anhin schwer, effiziente Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen des motorisierten Verkehrs zu ergreifen. Es wird klar, diese Initiative ist notwendig! Es wird Zeit, die Stadt von Autokolonnen zu befreien und der Bevölkerung ein optimal ausgebautes und attraktives Tram-, Bus- und Velonetz anzubieten.

**Conni Birchmeier
Vizepräsidentin Grüne Basel-Stadt**



Das Velo, immer noch das sinnvollste Fortbewegungsmittel für den Stadtverkehr. Erfahren wir uns mehr Raum und bessere Luft!

Grenzenlos engagiert

Das „junge grüne bündnis nordwest (jgb)“ bündelt die jungen und grünen Kräfte der Nordwestschweiz.

Die Nationalratswahlen waren für die Jungparteien der Grünen in der Region Basel ein grosser Erfolg. Mit Stimmenanteilen von 1.1% in Baselland und 1.8% in Basel-Stadt stellten die „Supergrünen“ und das „Junge Grüne Bündnis“ alle anderen Jungparteien in den Schatten. Jetzt packen wir unsere politischen Anliegen gemeinsam an. Darum haben wir uns im November 2007 zum «jungen grünen bündnis nordwest (jgb)» zusammengeschlossen.

Gemeinsam wollen wir Positionen erarbeiten und Partei ergreifen! Zum Beispiel, wenn es um die Umwelt und Anliegen junger Menschen geht. Für kantonale Wahlen und Abstimmungen gibt es die Jungen Grünen BL («Supergrüne») und das Junge Grüne Bündnis BS („Grüne und BastA“) als Untergruppen weiterhin.



Der Vorstand des Jungen Grünen Bündnis BS

Das jgb übernimmt bereits politische Verantwortung in den Kantonsparlamenten: Mit Loretta Müller, Mirjam Ballmer und Sibel Arslan stellt das jgb in Basel-Stadt bereits drei Grossrätinnen, in Basel-Land sitzt für uns Simon Trinkler im Landrat. Mit Erfolg: So hat der Grosse Rat kürzlich eine Motion von Loretta Müller angenommen, die das Stimmrechtsalter 16 verlangt.

In diesem Jahr sind die Basler Grossratswahlen unser grösstes Projekt – über 20 junge Frauen und Männer aus dem jgb kandidieren für den Grossen Rat. Die Wahlkampf vorbereitungen sind schon in vollem Gange. Sicher ist jetzt schon: Das jgb wird mit unkonventionellen, frischen Aktionen von sich reden machen.

Auch auf nationaler Ebene sind wir aktiv – und sammeln regelmässig Unterschriften für die Stopp-Offroaders-Initiative der Jungen Grünen. Mit einer medienwirksamen Aktion machten wir zum Beispiel am 1. April auf die Problematik aufmerksam: In Basel klemmten wir Offroadern „Verwarnungen“ wegen klimaschädigendem und gefährlichem Verhalten unter die Scheibenwischer.

Mehr über uns findet sich im Internet unter www.jungesgruenesbuendnis.ch.

Jan Schudel, Medienverantwortlicher jgb

Unterschreibt die kantonale Initiative „Mobilitätsgutscheine für Kinder und Jugendliche“!

Das Junge Grüne Bündnis unterstützt die kantonale Initiative „Mobilitätsgutscheine für Kinder und Jugendliche“. Das kantonale Umweltschutzgesetz soll (USG BS) wie folgt geändert werden:

§ 13 Abs. 5 (neu)

Kinder und Jugendliche ab dem vollendeten 6. Lebensjahr sowie junge Erwachsene bis zum vollendeten 25. Altersjahr erhalten vom Kanton jährlich für die persönliche Nutzung bestimmte Mobilitätsgutscheine in der Höhe von CHF 450.00.

Die Gutscheine sind einlösbar für Abonnemente des öffentlichen Verkehrs sowie für Ausgaben zur Beschaffung und Unterhalt von Fahrzeugen des nicht motorisierten Individualverkehrs. Folgende Ziele werden verfolgt:

1. Eine umweltgerechte Mobilität wird gefördert: Kinder und Jugendliche werden dazu erzogen, umweltgerechte Verkehrsmittel zu nutzen.
2. Es wird ein Anreiz geschaffen, bis zum Alter von 25 Jahren auf den Kauf von Töffs, Motorrädern und Autos zu verzichten.
3. Familien werden mit den Mobilitätsgutscheinen finanziell entlastet.
4. Junge Erwachsene, die häufig wenig Geld zur Verfügung haben, profitieren ebenfalls.

Die Mobilitätsgutscheine sind eine ökologische Kinder- und Jugendlichenzulage. Dafür Geld auszugeben lohnt sich!

Unterschriftenbogen gibt es auf unserer Website www.jungesgruenesbuendnis.ch

Eine Bilanz nach 6 Monaten



Anita Lachenmeier
Nationalrätin Grüne Basel-Stadt

Ich freue mich auf die erste Fraktionssitzung: 5 neugewählte grüne Nationalrätinnen und 5 neue Nationalräte treffen sich mit 10 Bisherigen, zwei grünen Ständeräten und zwei „Zugewanderten“. Die Stimmung ist gut.

Während die meisten anderen Fraktionen geschrumpft sind, können wir Grünen mit einer nie dagewesenen Stärke grüne Politik machen. Die Verteilung der Kommissionen, bei denen wir neu 3 (vorher 2) Sitze haben, gibt zu Diskussionen Anlass, schliesslich sind jedoch alle zufrieden.

Erfreulicherweise darf ich in der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) Einsitz nehmen. Noch vor der ersten Kommissions-sitzung findet die erste dreiwöchige Session statt. Das heisst für mich ungewohnt lange sitzen, zuhören und richtig abstimmen. Der hohe Lärmpegel ermüdet. Die Geschäfte werden zum grössten Teil von den Bisherigen, welche sich bereits in den Kommissionen damit beschäftigt haben, vertreten. Trotzdem komme ich zu einem kleinen Votum – ich rede für die Aufstockung von Jugend und Sportgeldern für die 5 – 10-jährigen Kinder.

Der bisher denkwürdigste Tag war der 12. Dezember. Bundesratswahlen – was noch am Dienstagabend unwahrscheinlich galt, wurde am Mittwochmorgen war. Die Freude war gross.

Im Januar findet dann die erste Kommissions-sitzung statt. Wir beraten über das Güterverkehrsgesetz – wann

soll die Verlagerung der Güter von der Strasse auf die Schiene umgesetzt werden, welche Mittel stehen dafür zur Verfügung, wird die Alpen-transitbörse eingeführt? In Bern gibt es keine grün/rote Mehrheit – gelingt es, mit der Mitte die längst fälligen Ver-lagerungsmassnahmen umzusetzen? Diese Diskussion läuft noch...

In der zweiten Session wird neben der Bahnreform 2 ungeplant der Gü-terverkehr zum Thema. Die zweite Session wird darum für mich zusätz-lich spannend – ich bin nun mitten drin, vertrete verschiedene kleinere Verkehrsgeschäfte, diskutiere hinter den Kulissen die SBB Cargo-Proble-matik und votiere zusammen mit Franziska Teuscher über die Sicht der Grünen in der Sonderdebatte. Neben dem Ratsbetrieb lasse ich mich über Mittag und am Abend von verschie-denen Umweltorganisationen und Verkehrs- und Fernmelde-Betrieben informieren und verköstigen.

Und was hat sich zuhause verändert? Der Briefkasten ist täglich voll – neben Bundeshauspost kommen Jahresbe-richte, Lobbyingpost und Einladungen – ich halte mich an den Ratschlag von Maya Graf und lege nach einer kurzen Beurteilung einen grossen Teil auf die Papiersammlung.

Die Arbeit wird zunehmend span-nend, sie ist vielfältig und ermöglicht mir, mit vielen interessanten Perso-nen in Kontakt zu kommen.

Anita Lachenmeier-Thüring
Nationalrätin Grüne

W E R B U N G



Trockenfrüchte
(Kirschen, Äpfel
Zwetschgen)



sowie Lammfelle, Lammfleisch,
Schafräuchwürste

Isleiten Hof
4450 Jäsach

061 971 97 94 www.isleitenhof.ch

bequem per Post oder im Ökoladen,
Theaterpassage, Basel (Trockenfrüchte)

Eidgenössische Abstimmungen: Wir Grüne sagen 3 x Nein

Nein zur Einbürgerungsinitiative, welche faire Einbürgerungen verhindern will und der Willkür Tür und Tor öffnet. Ein Einbürgerungsentscheid muss weiterhin rechtsstaatlich be-gründet und angefochten werden können.

Nein zur Krankenversicherungs-initiative, welche die freie Arztwahl abschaffen will und den Krankenkassen mehr Macht gibt. Wir Grüne sind für Kostenbewusstsein im Gesund-heitswesen, können jedoch nicht

zustimmen, dass die Kosten für Unfall und Pflege in Frage gestellt werden und schliesslich Kantone und Gemein-den die Last zu tragen haben.

Nein zur „Maukorbnitiative“, welche die Informationsmöglichkeit der Behörden unverhältnismässig einschränkt. Wenn nur Interessen-gruppen über die Abstimmung in-formieren können, werden finanziell starke Gruppierungen noch mehr Möglichkeiten haben, die Wähler-schaft einseitig zu orientieren.

Kantonale Abstimmungen vom 1. Juni 2008



Jürg Stöcklin

Ja zum neuen Messezentrum

Befürworter und Gegner sind sich einig: Die Messe ist Teil unserer Stadt und die volkswirtschaftliche Bedeutung der Messe rechtfertigt, dass sich der Kanton an den Kosten beteiligt. Die Differenzen entzündeten sich an städtebaulichen Fragen. Mein Hauptargument für eine Zustimmung zum Messeneubau ist ökologischer Natur. Wir Grünen gehörten zu den Ersten, die sich für den Verbleib der Messe in der Stadt aussprachen. Dies weil die Messe in der Stadt bedeutend weniger Verkehr erzeugt als auf der grünen Wiese. Mehr noch, die Messe in der Stadt belebt die Innenstadt und ist zum Vorteil des städtischen Gewerbes.

Klar ist auch, dass ein Hallenneubau unterschiedlichen Ansprüchen gerecht werden muss: den Anforderungen der Messe, den städtebaulichen Ansprüchen an gute Architektur, dem Interesse der Bevölkerung an einem belebten Messeplatz, den Bedürfnissen des Langsamverkehrs und den Forderungen nach möglichst viel Grün in der Stadt.

Im Nachhinein lassen sich immer Defizite ausmachen. Vielleicht hätte ein vom Kanton besser orchestrierter Planungsprozess die Quadratur des Zirkels erleichtert. Trotzdem bin ich der Überzeugung, dass das beteiligte Architekturbüro – immerhin eine Firma mit Weltruf – gute Arbeit abgeliefert hat. Das gleiche gilt für den Grossen Rat, dessen Ergänzungen das Projekt wesentlich verbessert haben. Der Neubau muss bezüglich Energieeffizienz, Beleuchtung und Klimatisierung anspruchsvolle Zielwerte erfüllen. Die Auflagen garantieren die öffentliche Nutzung des Messeplatzes und stellen sicher, dass ein belebter und anziehender Ort entsteht.

Wer meint, dass mit einer Ablehnung eine bessere Lösung möglich wird, sollte bedenken, dass in der gebauten Stadt, widerspruchsfreie Lösungen schwierig sind. Man kann nicht die Höhe eines Gebäudes und gleichzeitig seine Ausdehnung beklagen. Genausowenig ist es möglich, die Messe in der Stadt zu haben und trotzdem ihren Raumbedarf zu negieren. Architektur entfaltet ihre Wirkung nicht in der Form von Modellen, sondern durch die Kraft des Faktischen. Es braucht ein mutiges Ja, damit in Basel etwas Neues entstehen kann.

Jürg Stöcklin, Präsident Grüne BS

Nein zur Teilautonomie & Leitung der Volksschule

Gegen den Grossratsbeschluss vom 20 Februar zur Teilautonomie und Leitungsstruktur der Volksschulen wurde vom VPOD erfolgreich das Referendum ergriffen. Damit hat nun das Volk das letzte Wort.

Wir Grüne haben die Vorlage des ED mehrmals behandelt und in verschiedenen Gremien und von Beginn weg grundsätzlich abgelehnt. Im Juni 2007 wurde eine Vernehmlassung zum Vorschlag durch unsere Fachgruppe Bildung durchgeführt. Die Gruppe kam in Ihrer Antwort zu folgendem Schluss: „Die Grüne Partei Basel-Stadt stellt sich gegen dieses Projekt. Es wird zu beträchtlichem Mehraufwand führen, der nicht direkt den Kindern zukommt. Die Leitungsstrukturen der Schulen in Basel funktionieren und sind bestimmt nicht das Hauptproblem der heutigen Schulen.“ (der ganze Text ist nachzulesen auf www.gruene.ch/bs). Vor der Behandlung im Grossen Rat war die Vorlage an unserer Vorstandssitzung vom 23. Januar traktandiert. Pierre Felder, (Ressortleiter Schulen ED) stellte das Geschäft vor. Nach eingehender Diskussion gab es keine befürwortende Stimme für die Vorlage. Nach erfolgreicher Sammlung der Referendumsunterschriften durch den VPOD beschlossen wir an unserer Jahresversammlung vom 15. April nach einem Votum von Elisabeth Ackermann deutlich bei nur einer Gegenstimme die **NEIN-Parole**.

Die wichtigsten Argumente gegen die Vorlage: Für Kinder und Jugendliche bringt die Vorlage keine Vorteile. Die insgesamt CHF 35 Mio., die diese Reform in der Einführungszeit kostet, (jährlich CHF 4 Mio. bis 2012, ab 2015 jährlich 3,5 Mio.) sind eine Investition in Bürokratie und Schulverwaltung. Die neuen Schulleitungen bedeuten die Schaffung einer neuen Hierarchiestufe. Alle bisherigen Volksschulen und ihre Rektorate werden aufgehoben. Die geschaffene Volksschulleitung bewirkt eine Aufblähung der Verwaltung. Mit der Teilautonomie wird eine Profilierung der Schulhäuser vorangetrieben, welche zu einem Auseinanderdriften der Schulen mit schwerwiegenden sozialen und bildungspolitischen Folgen führt.

Harald Friedl, Vizepräsident Grüne BS



Harald Friedl

! Infomarkt ! Varia ! Infomarkt ! Varia ! Infomarkt ! Varia !**News & Interna**

Jahres-Mitgliederversammlung vom 15. April 2008: An der Jahresversammlung wurden im ersten - dem statuarischen - Teil der Jahresbericht vorgestellt und die Erfolgsrechnung 2007 sowie das Budget 2008 verabschiedet.

Der Vorstand wurde gestrafft und neu bestellt. Neu in den Vorstand gewählt wurden Claudius Gelzer und Andreas Tereh. Ein herzliches Dankeschön wollen wir speziell Annemarie Burckhardt, Antoinette Gelzer, Anna Hirt und Walter Bieri aussprechen, welche nicht mehr im Vorstand aufgeführt sein werden.

Das Präsidium unter der Leitung von Jürg Stöcklin und dem Vizepräsidium mit Conni Birchmeier und Harald Friedl wurde bestätigt.

Im zweiten Teil der Jahresversammlung wurde Guy Morin einstimmig als Regierungsratskandidat für die zweite Amtszeit nominiert. Für die Grossratswahlen wurde die gemeinsame Liste mit BastA! und die Listenverbindung mit der SP beschlossen.

Die Lancierung der Birsig-Initiative, bei der wir Grünen die Federführung inne haben, wurde ebenfalls einstimmig beschlossen.

Fortsetzung News & Interna

Zu den kantonalen Vorlagen vom 1. Juni wurden an der Jahresversammlung die Parolen gefasst. Mit grossem Mehr (18 Ja zu 9 Nein) wurde nach einer kontradiktorischen Diskussion die Ja-Parole gefasst zum Messezentrum 2012. Beim Grossratsbeschluss zur Teilautonomie bei nur einen Gegenstimme mit grossem Mehr die Nein-Parole beschlossen.

Parolen

Nationale Abstimmungen vom 1. Juni 2008:

NEIN zur Volksinitiative „Für demokratische Einbürgerungen“

NEIN zur Volksinitiative „Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“

NEIN zum Verfassungsartikel „Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung“ (Gegentwurf zur zurückgezogenen SVP Volksinitiative „Für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung“)

Parolen

Kantonale Abstimmungen vom 1. Juni 2008:

JA zum neuen Messezentrum 2012

NEIN zum Grossratsbeschluss zu Teilautonomie und Leitungen an der Volksschule

Termine**Grüner Stamm**

Wir setzen unsere Diskussionreihe mit interessanten Gästen fort

Dienstag 17. Juni im Theaterkeller des Café Isaak am Münsterplatz 16

Ein Anlass für Mitglieder und solche, dies es noch werden wollen.

Die aktuellen Termine immer unter www.gruene.ch/bs

**Ich interessiere mich für die Grünen Basel-Stadt**

- **Ich will Mitglied werden!** Jahresbeitrag 150.-- für Verdienende, 50.-- für Nichtverdienende
- **Ich will SympathisantIn werden!** Jahresbeitrag für alle Fr. 60.--
- **Ich möchte SpenderIn werden!** Vielen Dank.
- **Ich bestelle ein Abonnement für den Grünen Pfeffer!** Fr. 25.--

Name, Vorname:

Strasse: Plz./Ort:

E-Mail: Tel.:

Einsenden an:
Bestellen per E-Mail:

Grüne Basel-Stadt, Greifengasse 7, Postfach 1442, 4001 Basel
bs@gruene.ch

Konto:
Website:

PC 40-19338-4
www.gruene.ch/bs

